# Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

| Nr. 21      | Ausgegeben Danzig, den 15. März   | 935   |
|-------------|---|-------|
| Tag         | au segno. U buik neimeste negditanid nedera Inhalt ung ama em nederallem tærdigalika ere          | ~     |
| 8. 3. 1935  | Zweite Berordnung zur Abanberung ber Rerordnung zur Gicharung Son 18                              | Seite |
| 14 9 1005   |   |       |
| 14. 3. 1935 | Berordnung zur Sicherung ber Frühjahrsbüngung und Saatgutversorgung für bas Wirtschaftsjahr 1935. | 421   |
| 11. 3. 1935 | III. Rechtsperordnung betreffent Gradusung ber Rechtsperordnung aus Contact                       | 421   |
|             |   |       |
| topics.     | nissen ber Landwirtschaft, bes Gartenbaus und ber Fischerei vom 11. 12. 1934                      | 422   |

# 8 3 weite Verordnung

Birtschaftsjahr 1933 vom 28. Februar 1933 (G. Bl. S. 97).
Bom 8. März 1935.

Auf Grund des § 1 Ziffer 68 und 89, § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird die Verordnung zur Sicherung der Frühjahrsbüngung und Saatgutversorgung für das Wirtschaftsjahr 1933 vom 28. Februar 1933 (G. Bl. S. 97) in der Fassung der Verordnung vom 27. März 1934 (G. Bl. S. 215) mit Gesetzeskraft wie folgt geändert:

## Artifel I

Hinsichtlich der in § 1 der Berordnung vom 28. Februar 1933 bezeichneten Ansprüche, die aus dem Erlös der Ernten 1933 und 1934 nicht bestriedigt worden sind, erstreckt sich das gesetzliche Pfanderecht auch auf die im Erntejahr 1935 anfallenden Früchte.

Im übrigen finden die Borschriften der Berordnung vom 28. Februar 1933 mit der Maßgabe Anwendung, daß die in § 4 und § 5 Abs. 2 genannten Fristen bis zum 31. März 1936 verlängert werden.

## Roment in der Augener II artifel III. wenn die Zwangsverwaltu

Diese Berordnung tritt mit dem Tage der Berkündung in Kraft.

Danzig, ben 8. März 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Wiercinski=Reiser

# Die in § 4 3iff. 3 und 4 der Berorg unud drors Berordilingen Schuldverhältnissen

3ur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversorgung für das Wirtschaftsjahr 1935. Bom 14. März 1935.

Auf Grund des § 1 Ziff. 68, 89 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

### § 1

Wegen der Ansprücke aus der Lieferung von Düngemitteln sowie von Saatgut, welches zur Saat besonders zugerichtet ist, von anerkanntem Originassatgut und anerkannten Absaaten, welche von dem Eigentümer, Eigenbesitzer, Authrieher oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke im Rahmen der discherigen Wirtschaftsweise in der für derartige Geschäfte üblichen Art für das Erntezahr 1935 zur Steigerung des Ernteertrages beschaft und verwendet werden, hat der Gläubiger ein gesetzliches Pfandrecht an den im Erntejahr 1935 anfallenden Früchten der zum Betrieb gehörenden Grundstück, auch wenn die Früchte noch nicht von dem Grundstück getrennt worden sind. Das Pfandrecht erstreckt sich nicht auf die der Pfändung nicht unterworfenen Früchte.

Die Vorschrift des Abs. 1 gilt auch für Ansprüche aus Darlehen, die von dem Eigentümer, Eigensbesitzer, Nutzwießer oder Pächter zur Bezahlung dieser Lieserungen sowie von Arbeiten zur Pflege der Saaten und Einbringung der Ernte sowie zur Bezahlung von Futtermitteln in der für derartige Gesschäfte üblichen Art aufgenommen werden.

8 2

Auf das Pfandrecht finden die Vorschriften der §§ 560, 561 Abs. 2, § 562 des Bürgerlichen Gesethuchs entsprechende Anwendung.

Das Pfandrecht geht allen an den Früchten bestehenden dinglichen Rechten im Range vor.

Sind mehrere Gläubiger der in § 1 bezeichneten Art vorhanden, so haben deren Ansprüche unterseinander gleichen Rang.

§ 3

Sowohl der Pfandgläubiger wie der Schuldner kann nach Beginn der Ernte jederzeit, auch vor Fälligkeit der Forderung, verlangen, daß aus den dem Pfandrecht unterliegenden Früchten eine Menge, die zur Sicherung der Forderung ausreicht, ausgeschieden, als dem Pfandrecht unterliegend kenntlich gemacht und gesondert ausbewahrt wird. Geschieht dies, so beschräukt sich das Pfandrecht auf diese Menge; § 560 des Bürgerlichen Gesehbuchs sindet keine Anwendung.

Die Zwangsvollstredung wegen des dem Pfandgläubiger nach Abs. 1 Sak 1 zustehenden Anspruchs geschieht im Wege der Pfändung eines zur Sicherung der Forderung ausreichenden Teils der dem Pfandrecht unterliegenden Früchte. Der Anspruch kann auch im Verfahren auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung geltend gemacht werden; der Glaubhaftmachung einer Gefährdung im Sinne des § 935 der Zivisprozehordnung bedarf es nicht.

8 4

Das Pfandrecht erlischt mit dem Ablauf des 31. März 1936, wenn es nicht vorher gerichtlich, insbesondere nach § 805 der Zivilprozehordnung geltend gemacht worden ist.

§ 5

Die in dem § 1 bezeichneten Ansprüche haben in einem fünftigen Zwangsversteigerungs= oder Zwangsverwaltungsversahren den im § 10 Abs. 1 Kr. 1 des Zwangsversteigerungsgesetzes bezeichneten Rang.

Das Vorrecht des Abs. 1 erlischt, wenn die Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung nicht die zum 31. März 1936 beantragt wird. Ist innerhalb dieser Frist die Zwangsverwaltung beantragt, so besteht das Vorrecht in der Zwangsversteigerung nur, wenn die Zwangsverwaltung die zum Zuschlag fortdauert. Hat der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundstücks gemäß § 1 der Versordnung zur Regesung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. September 1933 (G.V. S. 444) den Antrag auf Einseitung des Entschuldungsversahrens gestellt, so erlischt das Vorrecht des Abs. 1 frühestens dann, wenn der Gläubiger die Zangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Grundstücks nicht binnen drei Monaten nach Veendigung des Entschuldungsversahrens beantragt.

\$ 6

Die in § 4 Ziff. 3 und 4 der Verordnung zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 22. 9. 1933 (G.Bl. S. 444) vorgesehenen Beschränkungen der Zwangsvollstreckung stehen der Zwangsvollstreckung wegen der in §§ 1 und 3 bezeichneten Ansprüche in die dem Pfandrecht untersliegenden Früchte nicht entgegen.

8 7

Mit Gefängnis bis zu einem Iahr ober mit Gelbstrafe bis zu 10000,— Gulden wird bestraft, wer in der Absicht, sich der Erfüllung der in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Verpflichtungen zu entziehen, Früchte beiseite schafft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Berfolgung tritt nur auf den Antrag eines der im § 1 bezeichneten Gläubiger ein. Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 8

Diese Berordnung tritt mit dem 1. Februar 1935 in Kraft.

Danzig, den 14. März 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Hoppenrath betreffend Ergänzung ber Rechtsverordnung zur Durchführung des Danzigspolnischem Übereinkommens vom 6. August 1934 über den Verkehr mit Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gartenbaus und der Fischerei vom 11. 12. 1934 (G. Bl. S. 774).

Bom 11. Märs 1935.

Auf Grund des § 1 3iff. 17, 68 und 89 und § 2 des Gesethes zur Behebung der Not von Volt und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird die Rechtsverordnung zur Durchführung des Danzig-polnischen Übereinkommens vom 6. August 1934 über den Verkehr mit Erzeugnissen der Landwirtschaft, des Gartenbaus und der Fischerei vom 11. 12. 1934 (G. Bl. S. 774) wie folgt ergänzt:

#### Artifel I

1. § 1 erhält folgenden letten Absat:

"Die Marktbeauftragten und der Borsikende der Bereinigung Danziger Bersorgungsverbände sind befugt, für das Verbringen der in Abs. 1 genannten Erzeugnisse bestimmte Eintrittsstellen und zeiten sowie die Ablieferung dieser Erzeugnisse an bestimmte Stellen vorzuschreiben; sie können ferner im Rahmen der Danzig-polnischen Berträge Beschränkungen in der Zufuhr dieser Erzeugnisse anordnen, falls solche Mahnahmen zur Durchführung der Danziger Marktregulierung notwendig sind."

2. Im § 7 Abs. 1 Sat 1 sind hinter die Worte: "Borschriften der §§ 1, 2 Abs. 1, §§ 3—6" einzuschalten die Worte: "sowie gegen die auf Grund des § 1 letzter Absatz erlassenen Anordnungen."

Ferner ift in § 7 Abs. 4 hinter dem letten Sat folgender Sat anzufügen:

"Wird in den Fällen der §§ 1, 2 Abs. 1, §§ 4 und 5 eine größere Menge der unter diese Berordnung fallenden Erzeugnisse in das Gebiet der Freien Stadt Danzig verbracht, in den Verkehr gesett oder ausgeführt, als auf Grund der vorgeschriebenen Bewilligung oder Bescheinigung zulässigt, so hat die Einziehung sich auf die gesamte Menge an Erzeugnissen der gleichen Art zu erstreden."

#### Artifel II

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berfündung in Rraft.

Danzig, den 11. März 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Rettelsky Conferm has the paulidadaga to the Malle

beitressend Gegönzung ver Rechtsverordnung jur Durchsintung bes Danzigspolnischen übereinsommens vom & August 1934 über ben Beefehr mit Erzengnissen der Landwirtschaft, des Gortenbans und der Fischerei vom 11. 12. 1934 (G. Bir E. 774), amolie und eines

Bom 11, 98an 1935

Auf Grundelber & 1. Aiff. 17, 68 und 89 und § 2 der Gesenzur Bebehung beit Nort vom Politant und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird die Rechtsverschrings gereingene Von 1933 (G. Bl. S. 273) wird die Rechtsverschringsgereinschring der Land Danzig-volnischen Abereinschreinschringene dem Politant der Politant vom Politant

I lalital?

1. § 1 erhält folgenben lehten Ablah:

rou, Die Maritbeauftragten und der Borlihende der Bereinigung Danziger Beriorgungsverbände lind befugtel ün das Berbäingen der in ellbe ungenanten Erzeugnisse bestimmte Einlen vorzuscherchen Seinburg der Erzeugnisse vorzuscherchen der Erzeugnisse für Kahrender im Mahrendern Anzig gebieren der Erzeugnisse und der Auführendern feine im Mahrendern der Auftragen der Erzeugnisse annohen. Jahrendern Ausgeschaften der Ausgeschaften vorzuschen in der Auftragentering notwendig sind der erzeugnisse der Auftragentern Auftragen der Vorzuschen Auftragen der Vorzuschaften vorzuschen Aufrendern Aufrendern auf Grund des Felgen er Auftragen und erwarbeiten der Auftragen und der Auftragen der Aufr

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verfündung in Kraft

Dansig den 11. Mars 1935, manis ni nedad echardink nelsmiliged 1 & med ni sia da segnireginisedeanisch Angrikut manis ni nedad echardink nelsgignerdaftevennullaaredeanisch dendische segelogenneren Dere Senat der FreiendStadt Nanzignerdaftevennullaaredeanisch Greifer Reitelsty

Das Borrecht des Abl. 1 ertifcht, wenn die Zwangsverwaltung ober Zwangsverwaltung beantragt wird. Ist ümerhalb dieser Frist die Zwangsverwaltung beantragt in der Zwangsversteigerung nur, wenn die Zwangsverwaltung die zum Inkolag soridauert. Dat der Eigentümze eines landwirtschaftlichen Grundstädts gemäß E. I der Verwickung zur Regelung der kondwirtschaftlichen Schuldverhaltnisse wom 22. September 1933 (G.Bl. I. 1444) den Antrag auf Einseitung des Entschuldungsversahrens gestellt, so erstäht das Borrecht des Ibl. 1 irüheitens dann, wenn der Giöubiger die Zangsversteigekung aber Zwangsverwaltung des Grundstäds nicht dinnen drei Wonaten nach Berndigung des Entschuldungsversahrens beantragt.

8 6

Die in § 4 Jist. 3 und 4 der Verordnung zur Rogelung der kristwirtschaftlichen Schuldverhälbulfe vom 22. 9. 1933 (G. Bl., S. 444) vorgesehenen Beichränfungen der Zwangsvolftrechung stehen der Ausgescholftrechung wegen der in §§ 1 und I bezeichneten Ansprüche in die dem Pfandrecht unterliegenden Frückte nicht entgegen.

8.7

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr aber mit Gelbstrase bis zu 10000,— Gulben mirb bestraft, wer in der Absicht, lich der Ersuldung der in den §§ 1 die 3 bezeichneten Berpftichtungen zu entziehen, Früchte beliefte ichaftt.

Der Berne in ingibar.

Die Berfolgung tritt pur auf ber Anfrag eines ber im § 1 Stielibneten Glanbiger wir. Der Untlag fonn mirftigenommen werben.

9-8

Divie Bererbanne triff mit bem 1. Webraar 1935 be serret

Parada Nes 14 975 - 1005